

## Rede Dr. Weiler auf der GDV-Vorstandskonferenz - „Der GDV im Wahljahr: unsere politischen Positionen“

21. April 2021

---

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

- Die Pandemie ist noch immer allgegenwärtig, sie wird es bleiben, bis wir alle durchgeimpft sind und uns dann hoffentlich auch persönlich wieder treffen können.
- Aber das Corona-Virus wird auch danach von der Agenda nicht einfach so verschwinden, wenn es gilt, diese Krise aufzubereiten, die Kosten zu bilanzieren und schließlich auch zu finanzieren.
- Wenn es gilt, die richtigen Schlüsse aus diesem pandemischen Ereignis zu ziehen, die strukturellen Defizite zu analysieren und zu beseitigen, um schließlich widerstandsfähiger, resilienter gegen solcherart Krisen zu sein.
- Ich bin damit schon mittendrin in unserem dritten und letzten Teil unserer Vorstandskonferenz, in dem es weniger um die Zeit des Wahlkampfes geht, als vielmehr um die Zeit danach – die neue Legislatur, in der die Reset-Taste gedrückt werden muss, um auch die Themen wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, die durch Corona seit mehr als einem Jahr vernachlässigt wurden oder unbearbeitet blieben.
- Keiner kann heute sagen, wie diese Wahlen am Ende ausgehen werden, welcher der Kandidaten *[oder ob sogar die Kandidatin]* dann die Nase vorn hat und in welcher Konstellation nach dem 26. September eine neue Regierung gebildet wird.
- Aber wir wissen, was wir wollen. Wir haben unsere Positionen für das Wahljahr aufgeschrieben, wir diskutieren sie öffentlich und stellen uns in einer Art „Peer-Review“ der Kritik von Politikern, Wirtschaftsvertretern und Wissenschaftlern.
- Und ich bin froh und dankbar, lieber Herr Röttgen, auch Ihnen heute drei Anliegen mit auf den Weg geben zu können – Themen, die nicht

wirklich nur unsere Branche betreffen, sondern im Interesse der ganzen Gesellschaft liegen.

- Deshalb, verehrter Herr Röttgen, herzlichen Dank, dass Sie heute bei uns sind und ein herzliches Willkommen in unserer Vorstandskonferenz!

\*

- Ich habe eben von der Post-Corona-Zeit gesprochen: Wenn wir uns der Frage stellen müssen, wie Pandemien künftig bekämpft und auch deren wirtschaftliche Folgen begrenzt und eingehegt werden können.
- Wir allen wissen, dass die Corona-Krise massive Schutzlücken offengelegt hat – in unserem Gesundheitssystem ebenso wie unserem Wirtschaftssystem, etwa bei der Aufrechterhaltung globaler Lieferketten oder bei Betriebsschließungen und -unterbrechungen.
- Schon jetzt beginnt eine Diskussion über das nationale und europäische Gesundheits-Krisenmanagement, über die Rolle der WHO und die Sicherung von Produktionslinien für strategisch relevante Medizinprodukte.
- Aber wir haben eben auch schmerzlich erfahren müssen, dass die staatlichen Hilfen zur Abmilderung der wirtschaftlichen Folgen Dimensionen erreichen, die über Ad-hoc-Hilfen hinaus nach einer nachhaltigen Lösung rufen.
- Der GDV hat deshalb einen **staatlich-privaten Pandemieschutz** vorgeschlagen, denn wir wollen mithelfen, bei künftigen Pandemien Unterstützung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen vorausschauend, berechenbar und schneller zur Verfügung zu stellen.
- Wir regen deshalb eine geteilte Verantwortung in der Bewältigung künftiger Pandemien an, lieber Herr Röttgen.
- Wir würden Ihnen deshalb gern mit auf den Weg geben, in der nächsten Legislatur auf der Basis einer öffentlich-privaten Partnerschaft ein Absicherungskonzept zu prüfen, mit dem von Pandemien betroffene Unternehmen durch eine Kooperation von Versicherungswirtschaft und Staat künftig besser unterstützt werden können.
- Europaweit werden neue Konzepte für Absicherungssysteme diskutiert, Vorschläge liegen auch von uns vor. Spätestens in fünf Monaten ist die Politik in der Verantwortung, politisch und ökonomisch jenen wirtschaftlichen Verwerfungen vorzubeugen, die wir gerade erleben.

\*

- Unser zweites Thema ist Ihnen aus Ihrer Zeit als Bundesumweltminister noch bestens bekannt und es liegt Ihnen als Zukunftsthema am Herzen, wie Sie immer wieder betonen. Es greift den Klimaschutz als zentrales Wahlkampfthema auf und appelliert an einen neuen Umgang mit dem **Risiko Klimawandel**.
- Denn wir müssen nicht nur mehr für Klimaschutz tun, wir müssen auch mehr zum Schutz vor den volkswirtschaftlich relevanten Folgen des Klimawandels tun!
- Aufklärung und Prävention sind dafür die zentralen Bausteine, um künftige Schäden in Grenzen zu halten.
- Wir Versicherer bringen unsere Expertise für Präventions- und Anpassungsmaßnahmen ein. Aber das reicht nicht. Der Staat muss mithelfen, damit sich in der Bevölkerung ein hinreichendes Bewusstsein für das Risiko entwickelt.
- Seit Jahr und Tag liegen Voten der Umweltminister sowie der Ministerpräsidenten für ein zentrales Informationsportal über Naturgefahren auf dem Tisch. Allein, in den vergangenen Jahren ist die Politik kein Jota vorangekommen. Hier braucht es einen Schub nach vorne, um mit einem bundesweiten Naturgefahrenportal Aufklärung und Prävention zu verbinden.

\*

- Ein drittes Thema kann und will ich nicht aussparen – es geht um die Überlegungen, die in der Union wie in allen anderen Parteien zur **Altersvorsorgepolitik** in der nächsten Legislatur geführt werden.
- Dabei steht eine Richtungsentscheidung an über die Frage: wieviel staatliche Sicherung, wieviel private Vorsorge?
- Bei dieser Frage appellieren wir zunächst an die Verantwortlichen, bei Weichenstellungen in der Altersvorsorge bedachtsam zu sein.
- Richtig ist, dass die Niedrigzinsphase die kapitalgedeckte Altersvorsorge belastet und dringender Reformbedarf besteht. Wir haben in dieser Legislatur deshalb mit unserem Fünf-Punkte-Plan Reformvorschläge für die Riester-Rente vorgelegt. Sie zielen darauf ab, die geförderte Altersvorsorge zu entbürokratisieren, sie flexibler,

transparenter und deutlich attraktiver zu gestalten, insbesondere auch mit einer Lockerung der Beitragsgarantie.

- Diese Vorschläge haben auch in der Union Unterstützung gefunden haben. Doch zu eine Reform der Riester-Rente ist es trotz der Vereinbarung im Koalitionsvertrag bedauerlicherweise nicht gekommen.
- Stattdessen wird nun sogar in Teilen der Union diskutiert, mit der Einführung von Standardprodukten die private Altersvorsorge in staatliche Hand zu legen – etwa mit der Einführung eines staatlichen Angebots in der dritten Säule (Deutschland-Rente) oder dem schuldenfinanzierten Aufbau einer Kapitaldeckung in der ersten Säule (Doppelrente).
- Wir werden in den nächsten Monaten bis zur Bundestagwahl keine Mehrheit für eine adäquate Antwort auf die Herausforderungen der Demografie für die Alterssicherungspolitik finden.
- Umso mehr hoffe ich, diese Debatte dann in der kommenden Legislatur konstruktiv führen zu können und die Kontroversen der Vergangenheit hinter uns zu lassen.

\*

- Zum **Schluss** zurück zu unseren Politischen Positionen und zur öffentlichen Debatte, die wir in einer digitalen Veranstaltungsreihe zu unseren Themen führen.
- Am Ende dieser Live-Veranstaltung bitten wir unseren Gast jedes Mal einen Satz zu vervollständigen. Er beginnt mit: „unheimlich gerne versichern würde ich ...“ Sie können sich vorstellen, die Antworten darauf sind so unterschiedlich wie unsere Gäste.
- Wahlsiege können wir nicht versichern, lieber Herr Röttgen, einen auskömmlichen Lebensabend aber natürlich schon.
- Wenn ich den Satz vervollständigen sollte, würde er lauten: „Unheimlich gerne versichern würde ich – ein stabiles gesellschaftliches und politisches Umfeld und eine Politik, die Innovation zulässt.“
- Das Risiko nämlich, dass wir in turbulente Zeiten geraten ist erheblich. Der Wahlkampf zeigt, wie volatil die Stimmung im Lande ist. Prognosen, wie sich die Lage entwickelt, sind von Unwägbarkeiten geprägt: Ist genug Impfstoff verfügbar? Gelingt es, schneller zu

immunisieren, als sich neue Virus-Mutationen bilden? Kommen staatliche Hilfen rechtzeitig an?

- Für uns Versicherer, die wir in langen Zeithorizonten wirtschaften und planen, ist ein Kernanliegen, dass wir ein politisches Umfeld vorfinden, das Planbarkeit ebenso ermöglicht wie Freiräume.
- Das mag sich auf den ersten Blick widersprüchlich anhören. Ist es aber nicht. Planbarkeit heißt nicht „Ver-Regelung“ auf allen Ebenen und bis in jedes Detail. Planbarkeit heißt, dass Beschlüsse von Dauer sind, dass Politik nicht der Volatilität von Umfragen folgt, sondern auf die langen Linien schaut. Freiraum heißt, dass in einer Zeit, die von rasantem Wandel geprägt ist, Lösungen nicht in einem Regelungs-dickicht ersticken.
- Mit unseren Politischen Positionen legen wir dafür ein Programm vor: Wir greifen die großen Themen auf, die Treiber von Veränderung sind – und stellen Lösungen vor. Digitalisierung. Neue Mobilität. Klimawandel.
- Wir präsentieren Lösungen, mit denen sich die Risiken der Veränderung einhegen lassen. Smarte Regulierung. Cyber-Sicherheit. Pandemie-Absicherung. Nachhaltigkeit.
- Und wir stellen Forderungen auf, damit die Chancen, die in der Veränderung liegen, genutzt werden können. Rechtssicherheit. Spielräume für Wettbewerb. Zugang zu Daten.
- Damit komme ich zu Ihnen, lieber Herr Röttgen, und zurück auf den Satz: „Unheimlich gerne versichern würde ich...“
- Sagen Sie uns, was Sie gerne versichern würden? Sie haben das Wort.